

Beschluss VI Bildung

Gremium:	Landesparteitag
Beschlussdatum:	24.04.2021
Tagesordnungspunkt:	4. Das Programm zur Landtagswahl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen- Anhalt

Text

8950 VI Bildung

8951 Mehr Gerechtigkeit und höhere Qualität: darauf kommt es an. Gemeinsam mit allen
8952 Beteiligten wollen wir unsere Bildungslandschaft im Sinne des Lebenslangen
8953 Lernens weiterentwickeln. Gleichzeitig wollen wir mit dezentralen
8954 Schulstrukturen die ländlichen Räume stärken.

8955 Kitas, Horte, Schulen, Universitäten und andere Bildungsorte sollen die Werte
8956 unserer pluralistischen Gesellschaft stärker widerspiegeln. Dies sind für uns
8957 Themen wie Demokratieverständnis, Zivilgesellschaft, Diversität,
8958 Digitalisierung, europäische Einigung, Umweltbewusstsein und Nachhaltigkeit. Wir
8959 wollen gute Bildung in jedem Alter und an jedem Bildungsort, denn so befähigen
8960 wir alle, sich zu entfalten, an der Gesellschaft teilzuhaben und sie positiv
8961 mitzugestalten.

8962 Kitas sind der erste Baustein im Bildungssystem

8963 Kindertagesstätten sind Bildungseinrichtungen, deren Besuch die Bildungschancen
8964 von Kindern erhöht. Wir haben mit dem neuen Kita-Gesetz (KiFöG) einiges
8965 erreicht, insbesondere die Verbesserung des Personalschlüssels, eine weitere
8966 Entlastung von Familien mit mehreren Kindern und eine spezielle Förderung von
8967 Kitas mit besonderen Bedarfen. Es gibt dennoch weiterhin Defizite, etwa bei der
8968 Berücksichtigung von Ausfallzeiten und Vorbereitungszeiten im Rahmen der
8969 Personalbemessung. Im Bereich des Personals wollen wir insbesondere die
8970 Sonderförderung landesweit ausbauen und die zur Verfügung gestellten Mittel
8971 mindestens verdoppeln.

8972 Um die Arbeit in den Einrichtungen zu unterstützen und die Qualitätsentwicklung
8973 und -sicherung zu befördern, wollen wir die Fachberatung seitens des örtlichen
8974 Trägers der Jugendhilfe künftig im KiFöG als Rechtsanspruch der Einrichtungen
8975 und Träger aufnehmen. Wir sehen die örtlichen Träger der Jugendhilfe hier in der
8976 Pflicht, neben ihrer Aufsichtsfunktion explizit auch als Beratungsinstanz zu
8977 agieren und diese Funktion zu stärken. Zusätzlich wollen wir dafür einen Pool
8978 von Expert*innen aufbauen. Dieser soll Einrichtungen und Träger beraten, unter
8979 Einbezug der einschlägigen Fachbereiche an den Hochschulen im Land. Auch die
8980 Fachberatung durch freie Träger ist auszubauen.

8981 Für einen guten Start in die Schule müssen sprachliche und motorische Defizite
8982 möglichst früh erkannt und behoben werden. Wir wollen eine verbindliche,
8983 qualifizierte Erhebung des Sprachstands bei allen Vierjährigen einführen, damit
8984 gezielte Unterstützungsangebote unterbreitet werden können. Dabei muss die
8985 Mehrsprachigkeit von Kindern berücksichtigt werden. Die frühpädagogische
8986 Förderung beim Übergang von der Kita in die Schule, insbesondere im Bereich der

8987 Sprachförderung, muss ohne Abbruch fortgeführt werden. Die Diagnostik in der
8988 flexiblen Schuleingangsphase (Klasse 1 und 2 können in ein bis drei Jahren
8989 absolviert werden) soll in ihrer Wirksamkeit überprüft und bei Bedarf erweitert
8990 werden. Wir wollen, dass multiprofessionelle Teams in Grundschulen durch
8991 Logopäd*innen, Ergotherapeut*innen und Physiotherapeut*innen unterstützt werden
8992 können.

8993 Wir verstehen Kitas auch als Kinderstuben der Demokratie in denen Kinder bei
8994 allen sie betreffenden Angelegenheiten mitentscheiden und -handeln.
8995 Demokratieverständnis, gelebte Vielfalt, Geschlechtervielfalt und -gerechtigkeit
8996 sowie umweltgerechtes Handeln müssen noch stärker im Alltag der Kitas sowie in
8997 der Ausbildung der Erzieher*innen berücksichtigt werden. Wir wollen die
8998 Einrichtung von Küchen in Kitas, um die Ernährungskompetenz und gesunde
8999 Versorgung zu stärken. Dabei setzen wir uns für regionale Wertschöpfungsketten
9000 und Netzwerke der Unterstützung sowie der lokalen Vernetzung ein. Das Projekt
9001 "Medienkoffer Geschlechtervielfalt" für Kita und Grundschulen, der so genannte
9002 Kitakoffer des Kompetenzzentrums für geschlechtergerechte Kinder- und
9003 Jugendhilfe wollen wir verstetigen und so ausbauen, dass deutlich mehr
9004 Einrichtungsdavon partizipieren können.

9005 Qualität in Kindertagesstätte und Schule sichern

9006 Unsere Kinder brauchen mehr Erzieher*innen, damit jedes Kind angemessen
9007 gefördert werden kann. Die Ausbildungsanforderungen an die Erzieher*innen
9008 wachsen mit deren Aufgaben. Eine praxisorientierte dreijährige berufliche
9009 Ausbildung (piA) soll kurzfristig die schulische Erzieher*innenausbildung
9010 ablösen. Den kontinuierlichen Wechsel von Theorie und Praxis während der PiA-
9011 Ausbildung begrüßen wir ausdrücklich. Die Ausbildung ist angemessen zu vergüten.
9012 Bildung für nachhaltige Entwicklung soll Bestandteil der
9013 Erzieher*innenausbildung werden. Eine Offensive für den Ausbau von pädagogischen
9014 Studiengängen und die Weiterqualifizierung in der Frühpädagogik an den
9015 Hochschulen ist dringend notwendig. Die Ausbildung mit integrierter Praxis, die
9016 das Land mit Bundesmitteln aus dem Gute-Kita-Gesetz fördert, muss unabhängig von
9017 der Zukunft dieser Gelder dauerhaft angeboten und ausgebaut werden.

9018 Wir wollen eine Bezahlung der Erzieher*innen, die der gestiegenen Qualifikation
9019 entspricht, sowie die Zeiten der Vor- und Nachbereitung berücksichtigt.

9020 Durch das Konzept der Ganztagschulen erhält die pädagogische Arbeit an den
9021 Schulen eine stärkere Bedeutung. Gerade im Grundschulbereich muss das
9022 entsprechende Angebot ausgebaut werden, wobei die Horte stärker in das
9023 Gesamtkonzept integriert werden müssen. Die Zuständigkeit für die Horte wollen
9024 wir langfristig im Bildungsressort ansiedeln, um ein Ganztagsschulsystem in
9025 Sachsen-Anhalt zu etablieren. Dieses Ressort hat im Sinne der ganzheitlichen
9026 Unterstützung und Förderung von Kindern und Jugendlichen die Komponente der
9027 Sozialarbeit in seine Arbeit zu integrieren.

9028 Qualitätsstandards an Schulen, Horten und vorschulischen Bildungseinrichtungen
9029 sollen deshalb sowohl die pädagogische Qualität und den Bildungserfolg als auch
9030 die materielle und personelle Ausstattung definieren und vergleichbar machen.
9031 Multiprofessionelle Teams, gut ausgebildetes Personal, verbesserte
9032 Fortbildungsangebote und inklusive Bildungskonzepte sind unsere Eckpfeiler für

9033 Qualitätsstandards. Eltern sollen anhand dieser Konzepte verschiedene
9034 Bildungsangebote vergleichen und informiert entscheiden können.

9035 Kurze Beine, kurze Wege, lokale Lösungen

9036 Jede lokale Situation ist anders. Daher kann direkt vor Ort am besten geplant
9037 werden, welche Schulformen oder Verbünde von Schulen es geben soll und wie der
9038 Unterricht organisiert wird. Wir wollen kommunale Bildungslandschaften, in denen
9039 alle Angebote und Ideen von Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Wirtschaft, Sport,
9040 Kultur, Politik und Verwaltung zusammengeführt sind. Schulgebäude müssen
9041 multifunktionaler ausgelegt werden. Auch Vereins- und Gemeindearbeit kann in
9042 Schulen angeboten werden. Auf dieser Grundlage wollen wir Schulen zu zentralen
9043 Orten der Gemeinden entwickeln, so dass Schüler*innen direkt in die Vereins- und
9044 Gemeindearbeit einsteigen können. Derartige Konzepte müssen in den Kommunen
9045 ausgearbeitet und umgesetzt und bei Schulneubauten bereits in den Planungen
9046 berücksichtigt werden. Sie geben mehr jungen Menschen Chancen, beugen der
9047 Abwanderung vor und befördern die wirtschaftliche Entwicklung. Zudem zeigt
9048 besonders die Corona-Pandemie, dass kleinere, dezentrale Einheiten neben
9049 pädagogischen auch anderen wichtigen Vorteilen haben. Bürger*innen, Schulträger
9050 und Gemeinden vor Ort benötigen von der Landesregierung erheblich mehr
9051 Gestaltungsspielraum. Mindestgrößen für Schulen und Klassen sind der falsche
9052 Weg.

9053 Längeres gemeinsames Lernen wird durch die Gemeinschaftsschule ermöglicht. Es
9054 kann insbesondere auch durch Verbünde von Grundschulen mit anderen Schulen
9055 realisiert werden, wobei alle Schulabschlüsse, vom Sekundarschulabschluss bis
9056 zum Abitur, ermöglicht werden müssen. Ganztägiger Unterricht fördert gezielt
9057 besondere Fähigkeiten, einschließlich musischer und sportlicher, gleicht
9058 Schwächen aus und schließt Wissenslücken. Derartige Angebote wollen wir zum
9059 Standard machen, sodass unsere Kinder von der Schule aus die ganze Welt erleben
9060 können.

9061 Auch die Wege zu den weiterführenden Schulen sind zu lang. Ein dichtes und
9062 bedarfsgerechtes Netz von ganztägigen Gemeinschaftsschulen soll entstehen und so
9063 zu kurzen Schulwegen führen. Auch freie Schulen unterstützen wir bei der
9064 Umwandlung in Gemeinschaftsschulen. Die Übergangsregelungen für
9065 Ersatzschulträger sollen dazu entfallen. Zudem sind die im Ganztagsschulbetrieb
9066 anfallenden zusätzlichen Personal- und Sachkosten für staatliche und auch für
9067 freie Schulen durch das Land zu finanzieren.

9068 Fördern statt Sitzenbleiben

9069 Wir wollen in den Grundschulen eine flexible, kindgerechte, jahrgangsgemischte
9070 Schuleingangsphase gestalten, die je nach Entwicklungsstand und
9071 Lerngeschwindigkeit eines Kindes ein bis drei Jahre dauern kann. Mit gezieltem
9072 Unterricht zum Schließen von Lücken soll das kostspielige und sinnlose
9073 Sitzenbleiben abgelöst werden. Studien zeigen: Rückstellungen beim Schuleintritt
9074 und Sitzenbleiben fördern die Lernentwicklung nicht, sondern legen den Kindern
9075 weitere Steine in den Weg. Eine neue Lernkultur, die auf jedes Kind individuell
9076 eingeht und das Lernen voneinander ermöglicht, soll die Leistungsstarken ebenso
9077 wie die Leistungsschwachen fördern. Zu dieser Lernkultur gehört auch,
9078 Leistungsbewertungen zu verändern. Noten sind nicht neutral und daher nicht zum

9079 Leistungsvergleich geeignet. Daher setzen wir uns für neue Formen der
9080 Leistungsbewertung ein. Auch soll der fächerübergreifende Unterricht mit fest
9081 zugewiesenen Stunden im Stundenkontingent jeder Schulform verankert sein.
9082 Fächerübergreifender Unterricht und damit das Aufbrechen der Fachgrenzen
9083 befähigt Schülerinnen und Schüler zu vernetztem Denken.

9084 Der Umgang mit Kindern, die ohne Deutschkenntnisse an die Schulen kommen, muss
9085 dringend professionalisiert werden. Die anfänglichen Sprachbarrieren wollen wir
9086 mit individueller Förderung abbauen. Wir wollen, dass Arbeitsmaterialien in
9087 deutscher Sprache und der Muttersprache sowie der anfängliche Einsatz von
9088 Dolmetscher*innen finanziert werden.

9089 Länger gemeinsam lernen

9090 Um die soziale Gerechtigkeit zu erhöhen und allen Kindern eine Bildungschance zu
9091 geben, wollen wir das viel zu frühe Sortieren der Kinder nach der vierten Klasse
9092 beenden, da dieses stark durch den sozialen Hintergrund bestimmt ist. Dazu
9093 wollen wir das Angebot einer zehn- bis dreizehnjährigen gemeinsamen Lernzeit in
9094 der Gemeinschaftsschule schaffen. Als Weg dorthin begreifen wir auch Verbünde
9095 von Schulen. Dazu soll die Verordnung der Schulentwicklungsplanung so geändert
9096 werden, dass an Gemeinschaftsschulen wirkliche gymnasiale Oberstufen entstehen
9097 können. Wir wollen die Gemeinschafts- und Gesamtschule dauerhaft als attraktive
9098 Säulen neben dem Gymnasium etablieren. Weiterhin fordern wir die
9099 Weiterentwicklung des Gymnasiums zum ganztägigen Lernen, zu verbindlichem
9100 offenen Unterricht, zu Inklusion und zur Arbeit mit multiprofessionellen Teams.

9101 Der Zugang zu Bildung darf nicht vom Portemonnaie der Eltern abhängen. Deshalb
9102 wollen wir Lernmittel ab der 1. Klasse sowie die Schüler*innenbeförderung bis
9103 zum Ende der Schulzeit kostenfrei gewähren. Bildungsgerechtigkeit muss auch beim
9104 Erwerb von Medienkompetenz hergestellt werden. Schwimmunterricht und
9105 Fahrradtraining sind an allen Grundschulen zu realisieren. Für alle Kinder und
9106 Jugendlichen wollen wir ein gesundes regionales Essen in Kitas, Horten und
9107 Schulen anbieten, für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen soll dies
9108 kostenlos sein.

9109 Wir wollen einen für alle verpflichtenden Werteunterricht einführen.
9110 Konfessionell gebundene und nichtreligiöse Kinder sollen gemeinsam über Werte,
9111 Normen, Religionen und deren Ausprägung diskutieren. Dies sehen wir gerade in
9112 einer zunehmend diversen Gesellschaft als nötig an. Zudem wird es immer
9113 schwieriger, allen Religionsgemeinschaften einen eigenen Religionsunterricht
9114 anzubieten, ohne dabei andere zu benachteiligen.

9115 Schulautonomie entwickeln

9116 Gute Schulen benötigen mehr eigene Gestaltungsspielräume. Jede Schule soll
9117 unabhängig von ihrer Trägerschaft pro Schuljahr je Schüler*in einen festen
9118 Finanzbeitrag erhalten. Damit soll die Schule selbstständig arbeiten können,
9119 sofern sie sich im Gegenzug verpflichtet, allen Kindern einen unentgeltlichen
9120 Zugang zu gewähren. Die Schulleitung soll mehr Verantwortung und Mitspracherecht
9121 bei der Stellenbesetzung bekommen. Die Schulen bestimmen dann selbst über
9122 Personen und pädagogische Konzepte und darüber, wie viel Geld in Lehrmittel oder
9123 in Personal investiert wird. Gleichzeitig muss das pädagogische Personal von

9124 Verwaltungsarbeit entlastet werden. Die Verantwortung der Schulleiter*innen
9125 wächst. Sie müssen daher durch einen entsprechenden Aufbaustudiengang
9126 unterstützt werden. Freie Schulen müssen allen Kindern unentgeltlich
9127 offenstehen. Wir wollen unter dieser Bedingung die freien Schulen den
9128 staatlichen Schulen finanziell gleichstellen und diese nicht mehr von
9129 zusätzlichen EU- und Bundesmitteln ausschließen.

9130 Schulen an sozialen Brennpunkten sollen zu Schwerpunktschulen entwickelt werden,
9131 um ihre Herausforderungen besser zu meistern. Hier müssen Bedingungen geschaffen
9132 werden, die eine ausgleichende Entwicklung ermöglichen. Dafür müssen ausreichend
9133 Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, z.B. eine überdurchschnittlich gute
9134 Personal- und Sachmittelausstattung, für Sprachförderung, für das ganztägige
9135 Lernen und für außerschulische Lernorte.

9136 Inklusion ermöglichen

9137 Wir erwarten die konsequente Umsetzung der zum 1. Januar 2009 in Kraft
9138 getretenen UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Sie
9139 führt zu einer schrittweisen Auflösung von Förderschulen. Die Förderangebote
9140 sollen an allgemeinbildende Schulen verlagert werden. Inklusion im Unterricht
9141 bereitet Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf besser auf ihr
9142 Erwachsenenleben außerhalb des geschützten Lernortes Schule vor und verbessert
9143 ihre Lebensqualität. Die Eltern von Kindern mit Förderbedarf wollen wir mit
9144 besseren Informations- und Beratungsmöglichkeiten unterstützen. Gleichzeitig
9145 sollen alle Kinder einen unbefangenen und rücksichtsvollen Umgang mit Menschen
9146 mit Behinderung erlernen und erfahren. Bis zu dieser vollständigen Umgestaltung
9147 wollen wir die Förderschulen unterstützen. Wir wollen sicherstellen, dass die
9148 Lern- und Aufenthaltsbedingungen an auslaufenden Förderschulen angemessen sind
9149 und jedes Kind optimale Förderung erfährt.

9150 Bei der Einführung von Schulkonzepten mit Inklusion wollen wir die Schulen nicht
9151 allein lassen. Unterricht mit Inklusion erfordert gute Vorbereitung. Die
9152 Betreuung an den allgemeinbildenden Schulen muss mit mehr gut qualifiziertem und
9153 sensibilisiertem Personal erfolgen. Die für die Förderschulen bisher
9154 aufgewendeten Finanzmittel und Personalstellen wollen wir dafür umverteilen. Die
9155 baulichen, sächlichen und schulorganisatorischen Rahmenbedingungen für den
9156 Schulbesuch mit Inklusion sind an vielen Orten noch zu schaffen. An den
9157 Grundschulen muss es mehr inklusive Horte geben, die von Schüler*innen mit und
9158 ohne Behinderung gemeinsam besucht werden können. Es ist zu prüfen, in welchen
9159 Fällen spezialisierte Förderklassen an Regelschulen für besonders schwere
9160 Behinderungen sinnvoll sind. An allen allgemeinbildenden und berufsbildenden
9161 Schulen sollen solche Förderschulklassen angegliedert werden können.

9162 Demokratie lernen, Gemeinsinn stärken

9163 Schule ist der zentrale Ort in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen. Hier
9164 entwickeln sie eine Vorstellung von Demokratie, lernen den fairen Umgang
9165 miteinander, erfahren von Toleranz, Kompromissen und Regeln. Damit Schüler*innen
9166 ein starkes demokratisches Bewusstsein entwickeln, müssen fünf Voraussetzungen
9167 gegeben sein: Anerkennung der individuellen Persönlichkeit, Beteiligung an
9168 Organisation von Schulveranstaltungen und Gestaltung von Unterricht, gelebte
9169 Demokratie im Schulalltag sowie vielfältiger Sozialkundeunterricht. Letzterer

9170 sollte bereits ab der 5. Klasse beginnen. Denn Sozialkundeunterricht soll die
9171 persönlich-politische Meinungsbildung stärken. Dazu müssen Material- und
9172 Schulungsangebote sowie Bildungspläne angepasst werden, in denen die Europäische
9173 Union ein Querschnittsthema darstellen soll. In den Lehrplänen soll die deutsche
9174 Kolonial- und Migrationsgeschichte sowie deren eurozentristische Perspektive
9175 aufgearbeitet werden. Auch in der Landeszentrale für politische Bildung soll die
9176 europäische Dimension eine größere Bedeutung erhalten.

9177 Jungen Menschen muss freiwilliges gesellschaftliches Engagement außerhalb der
9178 Schule ermöglicht werden. Wir prüfen Freistellungsmöglichkeiten und wollen
9179 entsprechende Angebote fördern. Das Engagement in der Schülerversetzungsarbeit
9180 soll gefördert werden. Fehlzeiten, die in Zusammenhang mit der
9181 Schülerversetzungsarbeit entstehen, sollen nicht mehr auf dem Zeugnis angezeigt
9182 werden.

9183 Das Demokratieverständnis und den Gemeinsinn an Schulen wollen wir stärken,
9184 indem wir mehr einfache und niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten schaffen
9185 wollen. Dazu gehört eine gleichberechtigte Teilnahme von Eltern, Schüler*innen,
9186 Lehrer*innen sowie eine Mitwirkung der sonstigen Angestellten (Drittelparität-
9187 Plus) in der Schulkonferenz. Weiterhin ist uns wichtig, das soziale Miteinander
9188 zu stärken, Streitschlichtungsgruppen in den Schulen aufzubauen und die Anti-
9189 Gewalt-Arbeit fortzuführen. Dazu gehört auch eine aktive Arbeit gegen Sexismus,
9190 Trans*- und Homofeindlichkeit sowie Rassismus. Wir fordern zudem die
9191 Möglichkeit, auch einen gesellschaftswissenschaftlichen Schwerpunkt im Abitur
9192 auf erhöhtem Anforderungsniveau zu belegen.

9193 Wir wollen die Schulen weit stärker dazu anregen und ausstatten, für alle
9194 Schüler*innen ein Ort ohne Diskriminierung, Sexismus, Schikanieren und
9195 Gewalterfahrung zu sein. Mobbing ist eine leidvolle Erfahrung für viele
9196 Schüler*innen, die nicht mit dem Schulklingeln endet. Sie setzt sich digital
9197 auch in der Freizeit fort. Dauerhafte psychische Erkrankungen, Schulverweigerung
9198 bis hin zu Selbstmord können Folgen von Mobbing sein. An allen Schulen müssen
9199 daher demokratiepädagogische Konzepte, Anti-Mobbing-Projekte sowie Programme zur
9200 Gewalt- und Suchtprävention ermöglicht werden. Damit sollen Kinder und
9201 Jugendliche soziale, ethische und demokratische Kompetenzen zur
9202 Persönlichkeitsbildung sowie zur gewaltfreien Kommunikation und gendersensiblen
9203 Sprache erwerben. Dabei müssen kulturelle Vielfalt, Geschlechtervielfalt sowie
9204 sexuelle Orientierungen berücksichtigt und queere Peer-to-Peer-
9205 Schulaufklärungsarbeit nach dem Vorbild der SCHLAU-Gruppen in NRW und
9206 Niedersachsen ausgebaut werden. Sanitär- und Umkleideorte müssen sichere Orte
9207 für trans*, intergeschlechtliche und nichtbinäre Schüler*innen sein.

9208 Wir wollen einen landesweiten "Anti-Mobbing-Tag" ins Leben rufen, wie im Kapitel
9209 „Kinder und Jugendliche“ beschrieben. Weiterhin sollen
9210 Antidiskriminierungsrichtlinien für Schulen erarbeitet. Wir unterstützen das
9211 deutschlandweite Projekt "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage".

9212 Schulsozialarbeit ausbauen

9213 Schulsozialarbeit und damit die Perspektive der Kinder- und Jugendhilfe muss ein
9214 fester Bestandteil von Schule werden. Wir wollen ein unbefristetes
9215 Landesprogramm Schulsozialarbeit unter kommunaler Beteiligung und Steuerung. Die
9216 Finanzierung des Landesprogrammes muss das Land Sachsen-Anhalt übernehmen.

9217 Die Schulsozialarbeit muss an allen Schulen und Schulformen ausgebaut werden,
9218 deshalb wollen wir den Erhalt der vierzehn regionalen Netzwerkstellen und der
9219 landesweiten Koordinierungsstelle für Schulsozialarbeit. Dazu gehört auch die
9220 regelmäßige Evaluation und Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit. Um einen
9221 besseren Informationsstand für soziale Probleme zu erreichen, wollen wir nach
9222 Hamburger Vorbild einen Sozialindex für unsere Schulen erheben. Die
9223 sozialpädagogische Kompetenz muss stärker in multiprofessionelle Teams in den
9224 Schulen eingebunden werden. Ein Mitspracherecht der Schulsozialarbeiter*innen in
9225 der Selbstverwaltung der Schulen, der Schulkonferenz, ist zu schaffen.

9226 In Umwelt- und Lebensfragen (weiter)bilden

9227 Unsere Umwelt bestimmt unsere Zukunft. Kinder und Jugendliche müssen für
9228 wissenschaftliche und politische Fragen altersgerecht sensibilisiert werden. Zu
9229 den Themen gehören Klima- und Umweltschutz, Naturschutz, Kulturlandschaften,
9230 fairer Handel, Globalisierung, Nachhaltigkeit, Ernährung und
9231 Verbraucher*innenschutz und Verkehrserziehung. Sachsen-Anhalt braucht ein
9232 inhaltlich angepasstes Lehrplan- und Bildungskonzept, das Zusammenhänge der
9233 Lebenswissenschaften noch stärker in den Mittelpunkt stellt und erfahrbar macht.
9234 Diese Umweltthemen im weitesten Sinne sind durch fächerübergreifenden
9235 Unterricht, insbesondere in den Fächern Biologie, Chemie, Sozialkunde und Ethik,
9236 stärker zu berücksichtigen.
9237 Schüler*innen sollen durch praktisches Lernen noch mehr für Umweltschutz und
9238 Nachhaltigkeit in und mit der Natur sensibilisiert werden. Daher fördern wir die
9239 Zusammenarbeit von Schulen mit regionalen landwirtschaftlichen Betrieben, sofern
9240 dies möglich ist. Wir wollen die Anlage und dauerhafte Integration von
9241 Schulgärten in den Unterricht stärker fördern. Die Ökoschulen,
9242 Umweltbildungszentren und Ökologiestationen des Landes Sachsen-Anhalt leisten
9243 einen wichtigen Beitrag zur Umweltbildung.

9244 Wir wollen die die stringente Umsetzung der Empfehlungen und Zielvorgaben des
9245 „nationalen Aktionsplans Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Diese müssen in
9246 politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen der Bildungsbereiche sowie in
9247 möglichst allen Förderprogrammen des Landes verankert werden. Dazu wollen wir
9248 geeignete Strukturen fördern und etablieren, etwa eine landesweite
9249 Koordinierungsstelle zum Austausch der Akteur*innen und zur Qualitätssicherung.
9250 Sachsen-Anhalt braucht dafür eine landesweite Internetplattform. Die Fridays-
9251 for-Future-Bewegung, die Ergebnisse des Jugendklimagipfels sowie künftige
9252 Entwicklungen müssen in den Schulen stärker thematisiert werden.

9253 Homo- und Trans*feindlichkeit sowie Geschlechterstereotypen 9254 von Anfang an entgegentreten

9255 Schon in der Kita und im Unterricht müssen unterschiedliche sexuelle, Gender-
9256 und geschlechtliche Identitäten als selbstverständliche Lebensweisen vermittelt
9257 werden. Leitbild und Ziel der schulischen und außerschulischen Bildung ist die
9258 vorurteilsfreie und selbstbestimmte Findung der eigenen Identität. Jugendlichen
9259 muss ein Coming-out an ihrer Schule möglich sein, ohne körperliche oder verbale
9260 Gewalt zu befürchten. Dazu wollen wir LSBTIQ*-Ansprechpersonen an den Schulen
9261 etablieren. Sexuelle, geschlechtliche und gender- Vielfalt wollen wir zu einem
9262 festen Bestandteil der Erzieher*innen- Ausbildung machen. Die Aus- und

9263 Fortbildungen sollen für Lehrer*innen und sozialpädagogische Fachkräfte sollen
9264 verpflichtend so gestaltet werden, dass sie befähigt werden, unterschiedliche
9265 sexuelle, Gender- und geschlechtliche Identitäten als selbstverständliche
9266 Lebensweisen zu vermitteln und wertneutral zu behandeln, sowie
9267 Geschlechterstereotypen zu erkennen und diesen entgegenzuwirken. Wir werden
9268 einen Bildungsplan mit Maßnahmen für Vielfalt und Akzeptanz von LSBTIQ* auf den
9269 Weg bringen.

9270 Alle Lehrmittel müssen entsprechend geeignet sein und die reale Vielfalt
9271 fächerübergreifend umfassend darstellen.

9272 Digitale Lehrmittel und ihre Didaktik auf den Weg bringen

9273 Der kompetente Einsatz und Ausbau von digitalen Techniken (E-Learning) muss
9274 angesichts der Erfahrungen in der Corona-Pandemie forciert und flächendeckend
9275 vorgebracht werden. Die notwendigen Voraussetzungen an Hardware und Software
9276 müssen geschaffen werden. Daneben soll auch der didaktisch sinnvolle Einsatz
9277 dieser Lehrmittel durch umfangreiche Fortbildung und Beratung sowie
9278 entsprechende Schulungen in der Lehramtsausbildung sichergestellt werden. Der
9279 Zugang der Schüler*innen zum digitalen Lernen darf nicht mehr von den
9280 Möglichkeiten, die die Eltern bieten können, abhängig sein. Wichtig ist auch,
9281 eine funktionierende, datensichere Programm-Plattform auf Landesebene zu
9282 erstellen. Diese sollte Instrumente zur interaktiven Unterrichtsgestaltung und
9283 für Teleunterricht enthalten. Dazu wollen wir den Rahmenvertrag zwischen dem
9284 Land Sachsen-Anhalt und der Microsoft Deutschland GmbH beenden, um Datenschutz
9285 und Herstellerunabhängigkeit auch in Schulen zu garantieren.

9286 Für die Schulen wollen wir gezielte Beratung und Unterstützung bei der
9287 Medienentwicklungsplanung und bei der Beantragung von Projektmitteln schaffen.
9288 Die Mittel des Digital-Pakts müssen transparent und zügig vergeben werden. Im
9289 Bildungsausschuss soll halbjährlich über den regionalspezifischen
9290 Umsetzungsfortschritt von Investitionen im Bereich Digitalisierung berichtet
9291 werden. Dabei sollen der durch die Kommunen zu leistende Support sowie die
9292 Erfahrungen mit BYOD- („bring your own device“, also Nutzung von eigenen
9293 Geräten) Endgeräten Berücksichtigung finden. Bei Beschaffungen soll, wo immer es
9294 möglich ist, auf modularisierte Geräte, die länger haltbar sind, zurückgegriffen
9295 werden.

9296 Die Medienbildung wollen wir verpflichtend in Studium und Referendariat der
9297 Lehrkräfte verankern. Dies gilt sowohl für die Einbeziehung der Fachdidaktiken,
9298 der Fachseminare sowie der allgemeinen Bildungswissenschaften. Medienbildung
9299 muss in der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften als ein verbindlicher und
9300 kontinuierlicher Prozess angesehen werden. Dafür müssen dauerhaft ausreichende
9301 finanzielle und zeitliche Kapazitäten zur Verfügung stehen. Weiterhin wollen wir
9302 den Ausbau der Medienscout-Ausbildung von Kindern und Jugendlichen, die dann
9303 ihre Mitschüler*innen bei der qualifizierten Mediennutzung unterstützen,
9304 fördern.

9305 Europa ins Klassenzimmer bringen

9306 Wir wollen gemeinsam mit den Trägern politischer Bildung die Bildungsarbeit in
9307 Sachsen-Anhalt europäisieren. Europapolitische Bildungsprogramme sollen

9308 verbindlicher Teil der Lehrpläne aller Schultypen sowie von Lehrveranstaltungen
9309 an Volkshochschulen und Hochschulen werden. Um unsere Schüler*innen fit für die
9310 Zukunft zu machen, müssen Europakompetenzen im Unterricht stärker vermittelt
9311 werden. Dazu gehört der sequenzielle bilinguale Unterricht. Den
9312 „Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung im Rahmen einer
9313 Bildung für nachhaltige Entwicklung“ sowie das Weltaktionsprogramm für
9314 nachhaltige Entwicklung (WAP BNE) wollen wir in Schulen und
9315 Bildungseinrichtungen umsetzen.

9316 Wir ermutigen Schulen dazu, Europaschulen zu werden. Außerdem wollen wir EU-
9317 Jugend- und Austauschprogramme weiter ausbauen. Jede*r Schüler*in muss
9318 unabhängig vom Geldbeutel der Eltern die Möglichkeit haben, in seiner*ihrer
9319 Schullaufbahn Europa im Rahmen eines Kultur- oder Bildungsprojekts außerhalb von
9320 Deutschland zu erleben.

9321 Dem Lehrkräftemangel entgegenzutreten

9322 Der Mangel an Lehrer*innen ist unübersehbar. Der Unterrichtsausfall an allen
9323 Schulformen nimmt dramatisch zu. Die Beseitigung des Mangels erfordert
9324 erhebliche Anstrengungen. Wir wollen die Ausbildungskapazitäten massiv
9325 erweitern, um den Beruf attraktiver gestalten zu können. Wir haben in der
9326 Landesregierung zuletzt Einiges in die Wege geleitet, aber wir müssen unsere
9327 Anstrengungen noch erhöhen. Kürzung der Stundentafeln lehnen wir ab. Die Zahl
9328 der Lehramtsstudienplätze im Land soll unter Berücksichtigung der Bedarfe je
9329 nach Fächern und Schulformen weiter erhöht werden. Dies gilt insbesondere für
9330 Studiengänge mit einem Masterabschluss, die sowohl in das Lehramt als auch in
9331 andere Berufsfelder führen. Sie sind ein brauchbares Instrument, um auf
9332 Änderungen des Bedarfs nachhaltig zu reagieren. Die Ausbildungskapazitäten in
9333 den Kernfächern Deutsch, Mathematik und Englisch in allen Schulformen stehen
9334 dabei im Mittelpunkt.

9335 Es sollen mehr Pädagog*innen mit einem Förderschwerpunkt als zweitem Fach
9336 ausgebildet und Lehrer*innen sowie pädagogische Fachkräfte der Schulen
9337 entsprechend fort- oder weitergebildet werden. Es soll auch mehr
9338 Schulpsycholog*innen geben, um die multiprofessionellen Teams an Schulen zu
9339 unterstützen und den vielfältigen Herausforderungen des Schulalltags
9340 professioneller begegnen zu können. Wir fordern eine Stärkung der allgemein-
9341 pädagogischen und fachdidaktischen Inhalte der Lehramtsausbildung, um künftige
9342 Lehrerinnen und Lehrer besser auf die praktische Vermittlung von Wissen und
9343 dabei auftretende Herausforderungen vorzubereiten.

9344 Ein wichtiges und notwendiges Mittel gegen den Mangel an Lehrer*innen sind
9345 Seiten- und Quereinsteiger*innen. Dies sind Lehrkräfte, die kein Lehramt
9346 studiert haben, aber einen für das Lehramt fachlich geeigneten Studienabschluss
9347 nachweisen können. Quereinsteiger*innen sollen nach einer Vorbereitung in das
9348 Referendariat aufgenommen werden. Seiteneinsteiger*innen sollen nach einem
9349 kurzen Vorbereitungskurs früher an die Schulen kommen. Sie benötigen eine
9350 pädagogische und fachdidaktische Weiterqualifikation und ein eventuell zweites
9351 Unterrichtsfach. Für Seiteneinsteiger*innen muss eine berufsbegleitende
9352 universitäre Weiterqualifizierungsmöglichkeit in Kooperation mit den
9353 landeseigenen Universitäten verbindlich geregelt und zügig umgesetzt werden.
9354 Seiteneinsteiger*innen sollen über eine berufsbegleitende universitäre

9355 Weiterqualifizierung die fachliche, pädagogische und formale Gleichstellung mit
9356 den grundständig ausgebildeten Lehrkräften erreichen können. Durch ein Senior-
9357 Lehrkräfte-Programm wollen wir sie im Schulalltag besser unterstützen. Senior-
9358 Lehrkräfte sollen auch für die Begleitung der verpflichtenden Schulpraktika von
9359 Lehramtsstudierenden gewonnen werden. Die Beratung sowie die
9360 Genehmigungsverfahren zum Seiteneinstieg müssen stetig verbessert und
9361 beschleunigt werden. Besonders das Verfahren für freie Schulträger, muss
9362 vereinfacht werden und gebührenfrei sein. Hier soll die jeweilige
9363 Schulleitung/Geschäftsführung diese Entscheidung in eigener Kompetenz treffen
9364 können, wobei dem Landesschulamt dann die stichprobenhafte Überprüfung zur
9365 Eignung der eingesetzten Lehrkräfte obliegt. Für den wechselseitigen Austausch
9366 und um voneinander zu lernen, soll es Veranstaltungsformate geben, in denen
9367 anfängliche Schwierigkeiten und Lösungsstrategien im neuen Beruf thematisiert
9368 und zur Weiterentwicklung im beruflichen Selbstverständnis genutzt werden
9369 können. Diese Erfahrungen sollt insbesondere zur Weiterentwicklung von Schule
9370 durch das Landesinstitut für Schulentwicklung organisiert und begleitet werden.
9371 Wir wollen, dass Seiten- und Quereinsteiger*innen mit einem Masterabschluss in
9372 die Stufe E13 der Entgelttabelle als Einstiegsgehalt eingruppiert werden.
9373 Lehrer*innen mit ausländischen Abschlüssen wollen wir den Weg ins Lehramt in
9374 Sachsen-Anhalt erleichtern.

9375 Die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte müssen verbessert werden. Wir wollen
9376 deshalb die Einführung von Arbeitszeitkonten auf den Weg bringen. Alle
9377 geleisteten Überstunden an Schulen sollen mit mindestens dem regulären
9378 Stundensatz einer Unterrichtsstunde bezahlt werden. Dabei sollen Lehrkräfte frei
9379 entscheiden können, ob sie Mehrarbeit vergütet bekommen oder ob sie diese
9380 langfristig in Freizeit umwandeln wollen. Angeordnete Mehrarbeit soll bei
9381 maximal zwei Unterrichtsstunden gedeckelt werden. Wir wollen die geltenden
9382 Regelungen zu Abminderungsstunden in der Qualifikationsphase beibehalten.

9383 Ein Konzept zur Rücknahme der Maßnahmen zur angeblichen Effizienzsteigerung,
9384 insbesondere in der flexiblen Schuleingangsphase an den Grundschulen, muss
9385 entwickelt und vorgelegt werden, um langfristig einen guten Personalschlüssel
9386 sicherzustellen. Lehrkräfte sollen an allen Schulformen das Gleiche verdienen.
9387 Deshalb sollen auch Grundschullehrkräfte nach Entgelttabelle E13/A13 bezahlt
9388 werden. Wir schlagen dafür einen mehrstufigen Plan vor, um die Gehälter
9389 sukzessive anzugleichen. Wir wollen ein Modellprojekt ins Leben rufen, das es
9390 befristet möglich macht, die nicht besetzten Stellen in ein Budget umzuwandeln,
9391 das den Schulen zur Verfügung gestellt wird. Damit können individuelle Lösungen
9392 vor Ort für die Entlastung von Lehrkräften oder ergänzende Angebote zum
9393 Unterricht realisiert werden.

9394 Jede staatliche und jede freie Schule soll so die Möglichkeit bekommen,
9395 besonderes Engagement von Lehrkräften zu würdigen. Für die gezielte
9396 Wertschätzung von Lehrkräften soll ein Budget im Landeshaushalt eingerichtet
9397 werden.

9398 Berufliche Ausbildung für alle

9399 Eine gute Zukunftschance für alle Jugendlichen ist ein Gebot der Gerechtigkeit
9400 und unserer Solidarität. Sachsen-Anhalt leidet unter einem Fachkräftemangel,
9401 verstärkt durch demografischen Wandel. Wichtig ist daher, allen jungen Menschen

berufliche Orientierung und Zugang zu vielfältigen praktischen Erfahrungen in der Berufswelt zu ermöglichen. Um die verbindliche Berufsorientierung zu verbessern, soll die Berufs- und Studienorientierung durch vielfältige Zugänge wie Praktika oder Berufsorientierungstage in allen Schulformen angeboten werden. Zudem gilt es die MINT-Fächer im Fächerkanon zu stärken, insbesondere mehr Schülerinnen für technische Berufe zu begeistern.

Für uns ist eine berufliche Ausbildung genauso wertvoll wie ein Studium. Wir wollen daran mitwirken, den Ruf der Ausbildung aufzuwerten und den europäischen Qualifikationsrahmen mit Leben zu füllen. Dies soll sich auch in der Vergütung von allen Ausbildungen zeigen, indem sie unentgeltlich sind und besser entlohnt werden. Besonderes Augenmerk soll hier auf Ausbildungsberufe wie Pflegekräfte, medizinisches Personal, Erzieher*innen gelegt werden. Verantwortungsvolle Berufe müssen auch entsprechend finanziell gewürdigt werden und für junge Menschen attraktiv sein zu erlernen.

Berufsbildende Schulen sind wesentlicher Bestandteil einer zukunftsfähigen Aus- und Weiterbildung. Sie werden gerade vor dem Hintergrund gestiegener Weiterbildungsanforderungen im Rahmen des Strukturwandels an Bedeutung gewinnen. Wir wollen daher mit den Gewerkschaften, Arbeitgeber*innen, Kammern und den Landkreisen einen Berufsschulpakt schließen und dafür Sorge tragen, dass die Standorte der Berufsbildenden Schulen bedarfsgerecht weiter entwickelt werden. Im Rahmen eines Berufsschulmonitors wollen wir die spezifischen Herausforderungen an den Standorten ermitteln und evaluieren.

Besondere Herausforderungen sind der Mangel an Lehrkräften an berufsbildenden Schulen sowie die viel zu hohe Zahl an Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss beenden. Im Jahr 2018 waren dies laut einer Caritas-Studie in Sachsen-Anhalt 11,4 Prozent aller Schüler*innen. Besonders betroffen sind Schüler*innen, die ohne deutsche Sprachkenntnisse in die Schule kommen und oft auf Grund von Sprachbarrieren den Hauptschulabschluss nicht schaffen. Eine zweite Chance gibt es im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ). Hier werden an etwa 20 Standorten in Sachsen-Anhalt berufsvorbereitende Kompetenzen und Allgemeinbildung vermittelt. Durch die Teilnahme an einem Kolloquium am Ende des BVJ kann dann ein Schulabschluss nachgeholt werden. Den durch die sehr heterogene Schüler*innenschaft bedingten Herausforderungen müssen wir gezielt mit einer umfassenden Willkommens- und Ankommenskultur begegnen. Dafür wollen wir ausländische Abschlüsse schneller und kostengünstiger anerkennen und prüfen, wie der Zugang zu Ausbildungen noch weiter erleichtert werden kann. Beratungsstrukturen für migrantische Arbeitskräfte, wie beispielsweise das EU-geförderte Landesprojekt BemA müssen fortgeführt werden.

Es darf niemand abgehängt oder aufgegeben werden. Wenn Unterstützung hilft, dann wollen wir sie ermöglichen. Wir setzen uns deshalb auch für die Beibehaltung der Einstiegsqualifizierung (Plus) und der assistierten Ausbildung der Agenturen für Arbeit ein. Die Notwendigkeit eines Landesprogrammes zur Ausbildungsplatzgarantie soll geprüft und wenn nötig umgesetzt werden, denn Ausbildung ist ein Recht für alle, unabhängig von demografischen und wirtschaftlichen Entwicklungen.

Kleine und mittlere Betriebe und Unternehmen benötigen Unterstützung bei der Ausbildung. In der Corona-Pandemie war es nicht allen Unternehmen möglich, ihre Auszubildendenplätze zu erhalten. Gemeinsam mit den Unternehmen wollen wir Wege

9451 suchen, ihre Ausbildungsplätze zu erhalten und neue zu schaffen, um dadurch
9452 jungen Menschen eine Ausbildung zu ermöglichen. Gemeinsame Kooperation in
9453 Verbundausbildungen, bei der die Ausbildungsinhalte zusammen mit den Kammern in
9454 Modulen organisiert werden, ist ein vielversprechender Ansatz. Wir wollen allen
9455 jungen Menschen durch individuelle sozialpädagogische Ausbildungsbegleitung und
9456 Coaches zu einer erfolgreichen beruflichen Ausbildung verhelfen. Die
9457 Unterstützungsangebote müssen unbürokratisch und für Jugendliche erreichbar
9458 sein.

9459 Wir fordern die Fortsetzung der Eingliederung von Umschüler*innen in den
9460 Arbeitsmarkt, unterstützt durch eine Zertifizierung für das Landesschulamt. Das
9461 ist seit über fünf Jahren ein Erfolgsmodell. Diese gute Praxis der
9462 Qualitätssicherung und Zertifizierung muss ausgebaut werden, denn sie ermöglicht
9463 den Berufsbildenden
9464 Schulen eigenverantwortlicheres Handeln zugunsten aller Auszubildenden.

9465
9466 Wir wollen Auszubildendenwohnheime analog zu Studierendenwohnheime an Standorten
9467 schulischer beruflicher Bildung stützen, um noch mehr Auszubildenden die
9468 wohnortnahe Ausbildung zu ermöglichen. Die Möglichkeit, mittels des
9469 Erasmusprogramms die Ausbildung teilweise in einem anderen EU-Staat zu
9470 absolvieren, wollen wir bekannter machen. Im Bereich der fachschulischen
9471 Ausbildung wollen wir eine generelle Schulgeldfreiheit realisieren. Im Bereich
9472 der Gesundheitsberufe ist dies seit langem überfällig und schnellstmöglich
9473 umzusetzen.

9474 Die Humboldt'sche Universität im 21. Jahrhundert etablieren

9475 Das fruchtbare Zusammenspiel von Forschung und Lehre, die Freiheit der
9476 Wissenschaft von politischen Zwängen und Hochschulen als Orte des
9477 gleichberechtigten, kritischen Diskurses unter Studierenden und Lehrenden sind
9478 die Richtschnur unserer Hochschulpolitik. Im 21. Jahrhundert gehören hierzu auch
9479 das Streben nach guten Arbeitsbedingungen, verlässlichen Karrierewegen,
9480 Geschlechtergerechtigkeit, Chancengleichheit und die fortschreitende
9481 Internationalisierung von Studiengängen.

9482 Hochschulbildung muss neu gedacht werden, und zwar unter gleichberechtigter
9483 Beteiligung von Studierenden, Professor*innen, wissenschaftlichem Mittelbau und
9484 allen anderen Mitarbeiter*innen. Das Mandat dieser vier beteiligten
9485 Statusgruppen ist gegenüber den Hochschulleitungen und dem Land zu stärken. Ein
9486 ausgewogenes Modell zur Viertelparität der Statusgruppen in der akademischen
9487 Selbstverwaltung war im Entwurf des neuen Hochschulgesetzes schon weit
9488 entwickelt, konnte aber letztlich nicht durchgesetzt werden. Wir halten an der
9489 Forderung weiter fest. Auch soll die Universitätsleitung durch ein von
9490 Studierenden besetztes Prorektorat ergänzt werden. Weiterhin muss der kompetente
9491 Umgang mit Genderfragen und Diversität, insbesondere bei Führungskräften,
9492 stärker im Hochschulalltag praktiziert werden.

9493 Drittmittel für Universitäten sind keine grundsätzlich abzulehnende
9494 Finanzierungsquelle. Aber die Wissenschaft nimmt derzeit massiven Schaden durch
9495 eine zu große Abhängigkeit von Drittmittelprojekten. Diese sind in erheblichem
9496 Umfang politisch oder anderweitig fremd gesteuert. Sie verursachen vor allem
9497 einen erheblichen Zeitaufwand für Antragsteller*innen und

9498 Projektbearbeiter*innen, der für deren wissenschaftliche Arbeit verloren geht.
9499 Neben einer verbesserten Grundfinanzierung wollen wir in Sachsen-Anhalt ein
9500 Modell zur befristeten Mittelzuweisung entwickeln. Bei diesem werden Gelder
9501 jeweils aufgrund der bereits erbrachten und nicht der geplanten
9502 wissenschaftlichen Leistungen bewilligt, da innovative Forschung nicht immer
9503 planbar ist. Die Mittel sollen nicht an die Verwendung in einer bestimmten
9504 Einrichtung gebunden sein. Den Wissenschaftler*innen wird die Möglichkeit
9505 gegeben, sich selbstständig zu Forschungsgruppen oder Instituten zusammen zu
9506 tun, um an gemeinsamen Projekten zu arbeiten.

9507 Wenn die Anzahl von Publikationen und anderer einfacher Zahlenindikatoren bei
9508 wichtigen Entscheidungen unreflektiert verwendet wird, schadet es der
9509 Wissenschaft. Wir wollen stattdessen alle Maßnahmen unterstützen, die die
9510 Qualität von wissenschaftlichen Leistungen bei Beurteilungen und Entscheidungen
9511 in den Mittelpunkt stellen.

9512 In Lehre und Forschung investieren

9513 Leistungsfähige und international ausgerichtete Hochschulen sind zentrale
9514 Pfeiler der Zukunftspolitik für Sachsen-Anhalt, in die wir investieren wollen.
9515 Die Hochschulen sind hierzulande immer noch unterfinanziert, auch wenn wir die
9516 Kürzungspolitik der Vergangenheit beendet haben. Um die Freiheit von Lehre und
9517 Forschung zu gewährleisten, ist eine angemessene Grundfinanzierung der
9518 Hochschulen zu sichern. Hierfür müssen auch die von den Hochschulen und
9519 Universitäten zu leistenden Corona-Solidaritätsbeiträge zurückgenommen werden.
9520 Diese dürfen auch nicht durch ein anderes Mittel, wie etwa einem
9521 Konsolidierungsbeitrag, ersetzt werden. Insgesamt ist eine solide
9522 Grundausstattung der Hochschulen des Landes eine wichtige Voraussetzung für
9523 deren nationale und internationale Konkurrenzfähigkeit. Die Stellenpläne der
9524 Universitäten sollen abgeschafft werden.

9525 Studiengebühren lehnen wir ab. Die Langzeitstudiengebühren wurden abgeschafft,
9526 jetzt müssen auch die Zweitstudiengebühren bei beruflicher Umorientierung
9527 entfallen. Die Möglichkeiten zum Teilzeitstudium für alle, zum Beispiel für
9528 Studierende mit Kindern oder mit teilweiser Berufstätigkeit, wollen wir weiter
9529 ausbauen.

9530 Die Hochschulen müssen den Weg zu einem erfolgreichen Hochschulstudium eröffnen.
9531 Dafür braucht es flexible Angebote zur Qualifizierung aller Menschen. Dies gilt
9532 auch für Menschen ohne Abitur, für Menschen mit Behinderungen sowie für Menschen
9533 mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen und aus unterschiedlichen
9534 Herkunftsländern gleichermaßen.

9535 Die prekären Beschäftigungsverhältnisse an unseren Hochschulen wollen wir
9536 beenden. Der wissenschaftliche Nachwuchs braucht international konkurrenzfähige
9537 Karrierepfade, zum Beispiel mit mehr Tenure-Track-Professuren und mehr
9538 unbefristeten Stellen. Grundlagen hierzu wurden in der laufenden Wahlperiode
9539 gelegt. Wir wollen das Konzept weiter ausbauen. In den forschungstarken
9540 Bereichen der Hochschulen für angewandte Wissenschaften sollen Stellen für die
9541 wissenschaftliche Weiterqualifikation und für unbefristeten Mittelbau geschaffen
9542 werden. Im Bundesrat wollen wir uns für eine Novellierung des
9543 Wissenschaftszeitvertragsgesetz einsetzen.

9544 Wir wollen das Hochschulmedizingesetz endlich modernisieren. Es braucht unter
9545 anderem eine rechtliche Klarstellung, um die wirtschaftliche Betätigung der
9546 Universitätsklinik zu ermöglichen und die Verankerung von Gleichstellung wie im
9547 Hochschulgesetz.

9548 Wegen der langen Ausbildungszeiten fordern wir, dass für Psychotherapeut*innen
9549 die Ausbildung nach altem Recht noch bis zum Jahr 2032 angeboten wird. Genauso
9550 setzen wir uns dafür ein, dass das Landesprüfungsamt für Gesundheitsberufe die
9551 Prüfungen nach altem Recht großzügig bis zum Jahr 2035 gewährt. Für den neuen
9552 Direktstudiengang Psychotherapie in Magdeburg sollen die sich ergänzenden
9553 Kapazitäten an beiden Hochschulen kooperativ genutzt werden.

9554 Wir wollen mehr Berufungen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung fördern und
9555 künftig in den Zielvereinbarungen verankern. Dies gilt zum Beispiel für
9556 Forschung zu Bio-Landwirtschaft, Radverkehr sowie Queer Studies und
9557 Genderstudies.

9558 Gute Lehre fördern

9559 Wir wollen ein selbstbestimmtes Studium und dafür die derzeit gängige Praxis
9560 der Massenabfertigung überwinden. Auch die Verschulung und Bürokratisierung in
9561 den Bachelor- und Masterstudiengängen, die durch den Bologna-Prozess entstanden
9562 ist, sollen Vergangenheit werden. Zu einem umfassenden Bildungsverständnis
9563 gehört Zeit für gesellschaftliches Engagement, die in den Studienordnungen
9564 Eingang finden muss. Darum wollen wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass
9565 Zeit für ehrenamtliches Engagement in den BAföG-Richtlinien ermöglicht wird. Die
9566 Hochschulen müssen außerdem in ausreichender Zahl Studienplätze für das
9567 Masterstudium zur Verfügung stellen und Studiengänge für die Lehramter und
9568 Erzieher*innen modernisieren.

9569 Der Beruf der Lehrer*innen wird anspruchsvoller und vielfältiger. Der Umgang mit
9570 zunehmend heterogenen und inklusiven Lerngruppen stellt eine Herausforderung an
9571 die Ausstattung der Schulen, aber auch an die Ausbildung der Lehrer*innen dar.
9572 Notwendig ist, die pädagogischen, didaktischen und psychologischen Anteile im
9573 Studium und im Referendariat zu erhöhen. Diese sollen gleichgewichtig neben der
9574 fachlichen Ausbildung stehen. Auch fächerübergreifender Unterricht muss ein
9575 stärkeres Gewicht bekommen. Kompetenzentwicklung zu gelebter Demokratie,
9576 verstärktem Umweltbewusstsein, gelingender Inklusion, interkulturellem
9577 Miteinander und Deutsch als Zweitsprache skizzieren die Eckpunkte einer
9578 zukunftsorientierten Ausbildung in Studium und Referendariat sowie der Fort- und
9579 Weiterbildung von Lehrkräften. Besonders wichtig ist die Schulung des
9580 produktiven Umgangs mit heterogenen Lerngruppen und kultureller Diversität. Dies
9581 gilt insbesondere hinsichtlich berufsbildender Schulen, die das
9582 Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) zum Nachholen eines anerkannten Schulabschlusses
9583 anbieten.

9584 Die Lehramtsstudiengänge müssen sich zukünftig am Alter der Schüler*innen, somit
9585 an den entwicklungspsychologischen und didaktischen Unterschieden, und nicht
9586 mehr an den Schulformen orientieren. Daraus resultiert das Studium des Lehramts
9587 an Grundschulen sowie der Sekundarstufen I und II. Die Lehramtsstudiengänge
9588 sollen mit einer gemeinsamen Studieneingangsphase beginnen. Für alle
9589 Beschäftigten muss es zertifizierte Fortbildungen geben, die es ihnen erlauben,
9590 sich den wandelnden Anforderungen kompetent zu stellen. Europakompetenzen müssen

9591 ins Lehramtsstudium geeigneter Fächer integriert werden. Sie sollen auch in
9592 Weiterbildungsangeboten verstärkt angeboten werden. Die Erweiterung der
9593 Lehrkräfteausbildung für das Lehramt an berufsbildenden Schulen um das Fach
9594 Englisch wollen wir unterstützen.

9595 Um gerade Jungen in Kindergarten und Grundschule die Identifikation mit
9596 männlichen Vorbildern zu ermöglichen, unterstützen wir alle Maßnahmen, die das
9597 Ziel haben, den Männeranteil im Erzieher- und Grundschullehrberuf deutlich
9598 anzuheben.

9599 Nachhaltig forschen

9600 Wissenschaft und Forschung zu Nachhaltigkeit wollen wir in Sachsen-Anhalt als
9601 eine zentrale Leitidee zukünftiger Hochschulentwicklung fest verankern. Hierzu
9602 benötigen wir konkurrenzfähige Förderprogramme und thematische Schwerpunkte
9603 unter dem Gesichtspunkt einer nachhaltigen und ökologischen Lebensweise.
9604 Sachsen-Anhalt soll seine Spitzenposition bei den Erneuerbaren Energien
9605 behalten. Hierbei messen wir der Forschung zu Speichertechniken und
9606 intelligenten Stromnetzen eine besondere Bedeutung zu. Das wird sich langfristig
9607 für unser Land rechnen. Gleichzeitig sollen die Hochschulen selbst die netto
9608 CO₂-Neutralität bis 2030 erreichen. Dafür sollen sie 100 Prozent Erneuerbare
9609 Energien für die Stromversorgung nutzen, bessere Gebäudedämmung und ein
9610 Umweltmanagementsystem (EMAS) einsetzen.

9611 Dem Tierschutz in der Forschung messen wir große Bedeutung zu. Die
9612 Gewissensfreiheit der Studierenden muss gewahrt bleiben. Niemand sollte gegen
9613 sein Gewissen gezwungen werden, Tiere zu sezieren. Darum wollen wir, die Pflicht
9614 zum Sezieren von Tieren in der gesamten Ausbildung dort abschaffen, wo es nicht
9615 unbedingt notwendig ist.

9616 Das öffentliche Erkenntnisinteresse muss erheblich sein, um den Einsatz von
9617 Labortieren in Ausnahmefällen zu rechtfertigen. Diese Versuchstiere müssen
9618 nachweisbar artgerecht gehalten werden. Die Entwicklung von Alternativverfahren
9619 müssen stärker gefördert sowie Ersatzmethoden schneller anerkannt werden.
9620 Deshalb setzen wir uns für eine, bestenfalls bundesweite, Datenbank für alle
9621 bisher bekannten Alternativ- und Ergänzungsmethoden zu Tierversuchen ein.

9622 Gute Wissenschaft benötigt die Unabhängigkeit der Forschung an den Hochschulen,
9623 deshalb wollen wir, dass Kooperationen mit Unternehmen transparent gestaltet
9624 werden müssen.

9625 Nachhaltigkeit auch in Betrieb, Lehre und Governance

9626 Die Einführung von Nachhaltigkeitsbüros und Green-Offices hat sich auch in
9627 Sachsen-Anhalt bewährt. An allen Hochschulen und an einigen Forschungsinstituten
9628 gibt es Bestrebungen für mehr Nachhaltigkeit, gefördert/gefördert durch
9629 Studierende, Mitarbeitende, Lehrende und teilweise durch die Hochschulleitungen.
9630 Diese Bestrebungen sollen gebündelt und weiter personell und strukturell
9631 unterstützt werden. Deshalb müssen an allen Hochschulen
9632 Nachhaltigkeitsbeauftragte benannt und möglichst überall Nachhaltigkeitsbüros
9633 mit personeller Struktur geschaffen werden. Im Ministerium für Wissenschaft,
9634 Wirtschaft und Digitalisierung soll hierfür eine Koordinierungs- und
9635 Beratungsstelle geschaffen werden. Sie soll die Hochschulen und

9636 Forschungsinstitute sowie ihre Mitglieder und Leitungen zur Implementierung von
9637 nachhaltiger Entwicklung in Betrieb, Governance, Lehre und Forschung beraten.
9638 Diese Koordinierungs- und Beratungsstelle soll fester Bestandteil des
9639 landesweiten Netzwerks für Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) sein.

9640 MINT-Bildung stärken

9641 Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT) sind entscheidende
9642 Fächer und Kompetenzen für zukünftige Arbeitsmärkte. Schulen und Hochschulen mit
9643 mehr MINT-Absolvent*innen sind ein entscheidender Standortvorteil für Sachsen-
9644 Anhalt. Die schulische Didaktik hängt hier jedoch weit den Anforderungen der
9645 Wissenschaft und Wirtschaft hinterher. Deswegen wollen wir im Rahmen des
9646 Strukturwandels im ehemaligen Kohlrevier ein neu zu gründendes angewandtes
9647 MINT-Schuldidaktik-Institut, in Anlehnung an außeruniversitäre
9648 Forschungsinstitute, etablieren. An diesem sollen Lehrer*innen, Erzieher*innen
9649 und Wissenschaftler*innen neue Formen der Vermittlung von MINT-Wissen in
9650 Kooperation mit Unternehmen erforschen, an Schulen einsetzen und anschließend
9651 evaluieren. Mithilfe erfolgreicher Vermittlungsformen kann so eine
9652 Breitenqualifikation von Lehrkräften erfolgen.

9653 Weiterhin sollen Studierende sowohl in Vorkursen als auch während des Studiums
9654 im MINT-Bereich stärker praktisch aktiv werden können. Hierzu können Maker-Labs
9655 und Kurse in nützlichen Grundfertigkeiten wie Schweißen, Löten, Reparieren oder
9656 Programmieren zum Einsatz kommen. Diese können durch Repair-Cafés, Netz-Cafés
9657 und freie Werkstätten auf dem Campus ergänzt werden. Derartige Einrichtungen und
9658 studentische Eigeninitiative wollen wir auf Landesebene fördern und von den
9659 Hochschulen in den Zielvereinbarungen einfordern. Darüber hinaus sollten die
9660 Studierenden während ihres Studiums mehr Möglichkeiten haben, zum Betrieb der
9661 Hochschule mit eigenen Projekten und Abschlussarbeiten beizutragen. So kann
9662 beispielsweise eine campuseigene Photovoltaikanlage geplant, die Mensa
9663 energetisch optimiert oder eine Campus-App programmiert werden. Dadurch wird der
9664 Campus selbst zum Experimentierfeld.

9665 Mehr Frauenpower für die Wissenschaft

9666 Die Gesamtzahl der weiblichen und männlichen Studierenden ist durchschnittlich
9667 ausgeglichen. Auch bis zur Promotion liegt diese Verteilung nahezu bei jeweils
9668 50 Prozent. Auf den folgenden Karrierestufen und in Führungspositionen nimmt der
9669 Anteil der Frauen jedoch weiterhin deutlich ab. Auch sind Frauen in den Fächern
9670 Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) stark
9671 unterrepräsentiert. Die fest etablierte Koordinierungsstelle Genderforschung und
9672 Chancengleichheit Sachsen-Anhalt (KGC) unterstützt aktiv die
9673 Gleichstellungsarbeit der Hochschulen. Sie arbeitet mit Programmen zur
9674 Unterstützung von Karrierewegen in der Wissenschaft und zur Förderung von Frauen
9675 in den MINT-Fächern, unter anderem bei der Studienwerbung. Diese Programme sind
9676 teilweise vom Bund nur zeitweise bewilligt. Daher sollen sie evaluiert und
9677 gegebenenfalls aus Landesmitteln weitergeführt werden. Das Studium und die
9678 Wissenschaft als Beruf müssen familienfreundlicher gestaltet werden.

9679 Im neuen Hochschulgesetz werden die Hochschulen verpflichtet, bei Berufungen in
9680 der Beurteilung der wissenschaftlichen Leistungen Schutzfristen nach dem
9681 Mutterschutzgesetz, Kindererziehungszeiten sowie Zeiten der Pflege von

9682 Angehörigen zu berücksichtigen. Die konsequente Umsetzung aller Fördermaßnahmen
9683 und Bestimmungen muss durch konsequentes Gender-Controlling und Monitoring mit
9684 Sanktionsmöglichkeiten überwacht werden.

9685 Nach der Promotion soll der Frauenanteil jeder wissenschaftlichen Karrierestufe
9686 mindestens so hoch sein, wie derjenige der direkt darunterliegenden
9687 Qualifizierungsstufe, bis die Professuren geschlechtergerecht verteilt sind.
9688 Deshalb wollen wir, dass Stellenbesetzungen nur noch gemäß diesem Kaskadenmodell
9689 erfolgen. Zur Sicherung der Teilhabe von Frauen in Entscheidungsgremien der
9690 Hochschule sind Frauen bei der Besetzung von Gremien und Organen der
9691 Selbstverwaltung angemessen zu berücksichtigen. Bei der Aufstellung von Listen
9692 und Kandidaturen für Wahlorgane und Wahlgremien sind unterrepräsentierte
9693 Geschlechter zumindest ihrer Anteile an der jeweiligen Mitgliedergruppe
9694 entsprechend durch eine Quotenregelung zu berücksichtigen.

9695 Willkommenskultur für Studierende und Wissenschaftsnachwuchs

9696 Die Hochschulen in Sachsen-Anhalt müssen noch deutlich attraktiver für
9697 internationale Nachwuchswissenschaftler*innen werden. Dafür muss die
9698 Willkommenskultur an Hochschulen, sowohl für Studierende als auch für
9699 Wissenschaftler*innen und deren Familien ausgebaut werden. Internationale
9700 Wissenschaftler*innen schaffen zum Beispiel durch Drittmittelinwerbung
9701 hochqualifizierte Arbeitsplätze und liefern neue Impulse für
9702 Technologiefirmengründungen. Im Wettbewerb um die klügsten Köpfe müssen
9703 Nachteile, wie beispielsweise Anreisekosten zu Vorstellungsgesprächen,
9704 ausgeglichen sowie Diskriminierung fördernde Strukturen und bürokratische Hürden
9705 abgebaut werden.

9706 Dabei gibt es einige Beispiele für effektive Methoden, um exzellente
9707 Nachwuchsforscher*innen zu gewinnen. Das Land fördert die Nachwuchsprojekte des
9708 European Research Council. Kostengünstige digitale Möglichkeiten bei der
9709 Rekrutierung, zum Beispiel durch Postdoc-Netzwerke, sollten genutzt werden.
9710 Berufungssymposien, wie in England praktiziert, sollten eingeführt werden. Die
9711 Evaluierung von Leistungen bei Tenure-Track-Verfahren und darüber hinaus darf
9712 sich nicht auf wenige und teilweise ungeeignete Parameter beschränken. Sie muss
9713 Lehrleistungen, sowie Öffentlichkeitsarbeit und sonstige Aktivitäten angemessen
9714 berücksichtigen. Sachsen-Anhalt ruft bisher jährlich große Summen von EU-
9715 Fördergeldern im Bereich Forschung nicht ab. Das wollen wir gezielt verbessern.
9716 Mit dauerhafter personeller und finanzieller Unterstützung soll der Abruf
9717 verstetigt werden. Die soziale Infrastruktur sollte weiterhin in einem Welcome-
9718 Center gebündelt werden, welches auch Anliegen wie Wohnungsfragen, Sprachkurse
9719 und den Familiennachzug vereinfacht.

9720 Lebenslanges Lernen

9721 Lernen endet nicht mit dem Abschluss der Berufsausbildung oder des Studiums. Wir
9722 treten für lebenslanges Lernen ein. Das Bildungsfreistellungsgesetz muss
9723 modernisiert und durch eine Kampagne bekannter gemacht werden. Bildungsurlaub
9724 soll nicht nur für berufliche Weiterbildung, sondern zum Beispiel auch für
9725 Fremdsprachen, politische Bildung, Natur- und Umweltschutz sowie den Erwerb von
9726 Medienkompetenz gewährt werden.

9727 Die Angebote zu Weiterqualifikationen und Fortbildungen an den Hochschulen
9728 müssen ausgebaut und stärker in den Lehrdeputaten als Dienstaufgaben in der
9729 Lehre berücksichtigt werden, was mehr Personalmittel erforderlich macht. Zudem
9730 soll es für Lehrkräfte verpflichtende Fortbildungen, sowie
9731 Weiterqualifizierungen und Beratungen insbesondere in den Bereichen
9732 Förderpädagogik, Medienbildung und Demokratiepädagogik geben. Dabei sind
9733 verschiedene Unterrichtsformate, schulinterne Kooperationsformen für heterogene
9734 Lerngruppen, die Entwicklung von fächerübergreifenden Aufgaben für
9735 unterschiedliche Lernniveaus sowie gezielte Unterstützung im Umgang mit
9736 interkulturellen Differenzen zu berücksichtigen.

9737 Zu guten Bedingungen für lebenslanges Lernen gehören Programme von
9738 Volkshochschulen und Senior*innenakademien ebenso wie bezahlbare und erreichbare
9739 Kursangebote, auch in den ländlichen Räumen. Abendschulen sowie verstärkte
9740 Angebote zur Alphabetisierung und Grundbildung unterstützen wir nachdrücklich.

9741 Informationen allen zugänglich machen

9742 Zum freien Zugang zu Informationen gehören auch verlässliche Informationsträger.
9743 Daher setzen wir uns für ein Verbot von Werbung, Sponsoring und anderen
9744 Versuchen der Einflussnahme (beispielsweise kostenlose „Unterrichtsmaterialien“
9745 mit einseitiger Ausrichtung an bestimmte Interessen), an Kindertagesstätten und
9746 Schulen in unserem Bundesland ein. Mit staatlichen Geldern erforschtes Wissen
9747 gehört der Allgemeinheit und muss frei verfügbar sein. Wir unterstützen daher
9748 nachdrücklich „Open Access“-Initiativen und Netzneutralität.

9749 Das Bund-Länder-Kooperationsverbot in der Bildung abschaffen

9750 Das Grundgesetz wurde im Rahmen der Föderalismusreform unsinnigerweise so
9751 geändert, dass der Bund sich in der Bildungspolitik schwerer engagieren kann.
9752 Der Bund muss angesichts knapper Kassen in den Ländern und Kommunen mehr
9753 Verantwortung für die Bildungsfinanzierung übernehmen. Über den Bundesrat wollen
9754 wir uns dafür einsetzen, diesen Passus im Grundgesetz wieder ganz zu streichen.
9755 Wir sind für stärkere Kooperation in der Bildung, um ein ausgeglichenes
9756 Bildungsangebot sicherzustellen. Damit wollen wir zum Beispiel Probleme beim
9757 Umzug von Schulkindern über Landesgrenzen abbauen. Wir sind für ein bundesweit
9758 vergleichbares Abitur. Die kleinen Fächer, die nur an wenigen Hochschulen
9759 angeboten werden, die „Orchideenfächer“, müssen besser koordiniert und vom Bund
9760 gefördert werden, weil sie einen überregionalen Bedarf abdecken.